

Erste sachliche Stellungnahme zu den „Skandal“-Vorwürfen einiger Gemeinderäte gegen die Verwaltung der Gemeinde Baierbrunn

Kurzfassung (mehr Details weiter unten)

In den vergangenen Tagen wurden durch einzelne Gemeinderäte der CSU-Liste, der SPD-Fraktion sowie einer fraktionslosen Gemeinderätin öffentlich Vorwürfe gegen die Gemeindeverwaltung im Zusammenhang mit dem Grundschulprojekt erhoben. Diese betreffen insbesondere die Transparenz der Beratungen, die Einreichung von Unterlagen bei der Regierung von Oberbayern, mögliche Kostensteigerungen sowie den Zeitpunkt der Antragstellung zur schulaufsichtlichen Genehmigung.

Hierzu ist festzuhalten:

- Eine öffentliche Behandlung im Gemeinderat war bereits vor der Februarsitzung für die reguläre März-Sitzung beschlossen und wurde in der öffentlichen Sitzung am 10.02. auch so angekündigt. In der März-Sitzung werden jetzt, nachdem die Projektsteuerung in der Februarsitzung berichtete, die Planer/Architekten berichten. Ziel ist es, dem Gemeinderat und der Schulfamilie eine aktuelle und vollständige Übersicht zu geben.
- Die eingesetzte Projektsteuerung – als neutrale Kontrollinstanz – hat in öffentlicher Sitzung bestätigt, dass die Verwaltung alle erforderlichen Unterlagen für die schulaufsichtliche Genehmigung ordnungsgemäß und vollständig eingereicht hat.
- In der Gemeinderatssitzung am 10. Februar wurde zudem angekündigt, dass ich als Bürgermeister persönlich beim Regierungspräsidenten vorstellig werde, um auf eine zügigere Bearbeitung hinzuwirken.
- Zur Höhe möglicher Kostensteigerungen kann derzeit keine seriöse, belastbare Aussage getroffen werden; pauschale Zahlenbehauptungen entbehren einer fachlichen Grundlage.
- Die zeitliche Abfolge der Antragstellung war sachlich geboten, da wesentliche Planungsgrundlagen – insbesondere Flächenfragen und pädagogisches Konzept – zunächst abschließend geklärt werden mussten. Es war immer klar und wurde so kommuniziert, dass vor 2023 kein Antrag auf schulaufsichtliche Genehmigung sinnvoll war. Dies wurde auch im Gemeinderat nie in Abrede gestellt.
- Eine erneute Standortdebatte würde jahrelange Planung entwerten, erhebliche Verzögerungen verursachen und die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Ganztagsbetreuung gefährden.

Die erhobenen Vorwürfe halten einer sachlichen Prüfung offensichtlich nicht stand.

Ausführliche Stellungnahme

Wie bereits in der vergangenen Woche angekündigt, nehme ich heute zu einigen der Vorwürfe Stellung, die von mehreren Gemeinderäten von der CSU-Liste, der derzeitigen SPD-Fraktion und einer fraktionslosen Gemeinderätin in dieser Chat-Gruppe sowie in einem an alle Haushalte verteilten Flyer gegenüber der Gemeindeverwaltung erhoben wurden.

Zunächst vorab eine grundsätzliche Bemerkung: Es ist bemerkenswert, dass einzelne Personen öffentlich weitreichende und im Ton durchaus reißerische Behauptungen aufstellen und damit die Verwaltung angreifen und dann, wenn von der Gemeinde angekündigt wird, dass auf diese Vorwürfe inhaltlich und transparent eingegangen wird, eine weitere Veröffentlichung zu verteilen mit dem Hinweis, Antworten sollten nun nicht mehr öffentlich erfolgen, sondern ausschließlich im Gemeinderat. Dieses Vorgehen wirft Fragen zum Verständnis von Transparenz und Bürgerkommunikation auf.

Zu den konkreten Vorwürfen und Forderungen

Es wird vom Bürgermeister und von der Mehrheit der Gemeinderäte, die das Pamphlet nicht unterzeichnet haben, „gefordert“, einer öffentlichen Besprechung des Themas in einer Gemeinderatssitzung zuzustimmen. Diese Forderung ist jedoch vollständig unnötig. Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 10. Februar wurde öffentlich angekündigt, dass in der März-Sitzung – im Anschluss an den Bericht der Projektsteuerung in der Februar-Sitzung – nun als nächstes die Planer/Architekten berichten werden.

Ziel ist es, dem Gemeinderat und zugleich der gesamten Schulfamilie, die hierzu eine Einladung bzw. einen Hinweis auf die Sitzung erhalten wird, eine aktuelle und vollständige Übersicht über den Stand des Projekts zu verschaffen.

Die unterzeichnenden Gemeinderäte fordern damit etwas, das längst zugesagt und geplant ist.

Weiterhin wird der Verwaltung ohne Vorlage von Quellen und offensichtlich ohne eigene Kenntnis des umfangreichen Schriftverkehrs unterstellt, im Antragsverfahren bei der Regierung von Oberbayern Unterlagen nicht fristgerecht oder nicht vollständig eingereicht zu haben.

Dabei wurde in der Gemeinderatssitzung im Februar durch das Projektsteuerungsteam ausdrücklich Stellung genommen – sowohl in der Präsentation als auch in der öffentlichen Aussprache.

Die Projektsteuerung wurde auf Initiative des Gemeinderats eingesetzt und mit großer Mehrheit beschlossen. Ihre Aufgabe ist es, die Arbeit der Planer ebenso zu überwachen wie

die internen Abläufe in der Verwaltung. Anders als die Architekten ist die Projektsteuerung die neutrale Kontroll- und Überwachungsinstanz des Projekts.

In der Sitzung am 10. Februar hat die Projektsteuerung in voller Kenntnis des Schriftverkehrs mit der Regierung von Oberbayern öffentlich festgestellt, dass die Gemeindeverwaltung regelmäßig alle erforderlichen Unterlagen für die schulaufsichtliche Genehmigung bereitgestellt und alle Nachfragen ordnungsgemäß beantwortet hat.

Darüber hinaus habe ich auch angekündigt, dass ich persönlich beim Regierungspräsidenten vorstellig werde, um auf eine zügigere Bearbeitung des Antrags hinzuwirken. Eine Antwort soll ich in Kürze erhalten.

Zur Diskussion um die Kosten

In den Flyern wird mit einer Summe von „30 Millionen Euro“ argumentiert und daraus ein erhebliches Schreckensszenario entwickelt.

Die Projektsteuerung hat in der Sitzung am 10. Februar auf Nachfrage ausdrücklich erklärt, dass derzeit keine seriöse Aussage zur Höhe möglicher Kostensteigerungen getroffen werden kann. Diese hängen letztendlich maßgeblich von der schulaufsichtlichen Genehmigung ab.

Dem Gemeinderat ist lange bekannt, dass die ursprünglich veranschlagten 24 Millionen Euro nicht zu halten sein werden. Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe, die teilweise auch auf Beschlüssen des Gemeinderats beruhen:

- Die Beauftragung der Projektsteuerung durch den Gemeinderat wirkt kostenerhöhend.
- Der Gemeinderats-Beschluss über eine Baustraße von der B11 – anstelle der ursprünglich durch die Architekten geplanten Zufahrt über die Hermann-Roth-Straße – verursacht Mehrkosten von über einer Million Euro. Dieser Beschluss dient der Sicherheit der Schulkinder und der Entlastung der Anwohner.
- Die zeitliche Verzögerung des Baubeginns führt durch die Anpassung an den Baukostenindex (Inflationsausgleich) zu weiteren Mehrkosten.

Nicht erwähnt wird in den Flyern, dass höhere Gesamtkosten auch zu höheren Fördermitteln führen, da diese prozentual berechnet werden.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung

Es wird ferner behauptet, die schulaufsichtliche Genehmigung hätte bereits vor März 2023 beantragt werden müssen. Auch hier wird ein wesentlicher Zusammenhang ausgeblendet: Eine Antragstellung ist erst möglich, wenn die Planung – insbesondere das pädagogische Konzept sowie die Verfügbarkeit der Flächen der sogenannten „Schulwiese“ – abschließend geklärt ist.

Solange nicht feststand, ob diese Flächen zur Verfügung stehen, konnte sich noch sowohl die Gebäude- als auch die Freiflächenplanung grundlegend ändern. Erst nach dem Bürgerentscheid „Schulwiese“ und den anschließenden Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern war klar, wie der Pausenhof künftig gestaltet werden kann und dass auf dem Dach der neuen Turnhalle ein zusätzlicher Sportplatz entstehen muss.

Dass die Gemeinde die Einreichung der Unterlagen erst nach vollständiger Klärung dieser Punkte vornimmt, wurde dem Gemeinderat regelmäßig erläutert und zu keinem Zeitpunkt im Gemeinderat infrage gestellt.

Zur Standortfrage

Es ist aus meiner Sicht nicht zielführend, nun erneut die Standortfrage aufzuwerfen und einen Neubau „auf der grünen Wiese“ vorzuschlagen.

Der frühere Gemeinderat hat hierzu einen klaren Mehrheitsbeschluss gefasst, der vom aktuellen Gemeinderat bestätigt und umgesetzt wurde. Auch im Rahmen des Bürgerentscheids zur Schulwiese im Oktober 2023 haben sich die Bürgerinnen und Bürger wiederholt für den bestehenden Standort ausgesprochen.

Dass dieser Standort aufgrund seiner Lage an einem steilen Hang/Hügel und der Nähe zum Landschaftsschutzgebiet höhere Baukosten verursacht, war allen Beteiligten bewusst. Eine Mehrheit hat dies in Kauf genommen für diesen einzigartigen Standort einer Grundschule. Ein erneuter Standortwechsel würde jahrelange Planungsarbeit und bereits getätigte Investitionen entwerten. Da für einen neuen Standort nicht einmal ein Bebauungsplan vorliegt, würde sich die Fertigstellung der Schule um viele Jahre verzögern.

In der Zwischenzeit müsste die gesetzlich vorgeschriebene Ganztagsbetreuung in den bestehenden Gebäuden umgesetzt werden. Gerade weil dies dort nicht realisierbar ist, wurden ja der Erweiterungsbau, die Sanierung des Altbestands und der spätere Abbau der MITTI-Container beschlossen, deren Ausnahmegenehmigung im Landschaftsschutzgebiet stets nur befristet war.

Schlussbemerkung

Dies sind die wesentlichen und aus meiner Sicht notwendigen Klarstellungen auch und besonders zum Schutz meiner Mitarbeiter in der Verwaltung der Gemeinde. Die erhobenen Vorwürfe sind bei sachlicher Prüfung nicht haltbar.

Die Verwaltung wird in den kommenden Tagen weitere detaillierte Informationen veröffentlichen. Der Gemeinderat wird wie vorgesehen in der März-Sitzung sowie in den Haushaltsberatungen Gelegenheit haben, alle Punkte sachlich und umfassend zu beraten. Transparenz bedeutet, Argumente offen darzulegen und Entscheidungen nachvollziehbar zu machen. Genau das werden wir weiterhin tun.